



# HESSISCHER LANDTAG

28. 02. 2020

## Kleine Anfrage

**Dimitri Schulz (AfD), Heiko Scholz (AfD) und Rolf Kahnt (AfD) vom 18.12.2019**

**Einstellung der Förderung der Informationsstelle Antisemitismus in Kassel – Teil II**

**und**

## Antwort

**Minister des Innern und für Sport**

### Vorbemerkung Fragesteller:

Deutschland wurde am 9. Oktober von einer erschreckenden Tat in Halle erschüttert. Zwei Menschen wurden in der Nähe einer Synagoge durch einen mutmaßlich antisemitisch motivierten Täter ermordet.

In der Plenardebatte des Hessischen Landtages am 30.10.2019 herrschte von allen Fraktionen Übereinstimmung darüber, dass Hass, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Angriffe auf die Menschenwürde keinen Platz in Deutschland und Hessen haben. Hierzu wurde der Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der Freien Demokraten mit der Drucksachennummer 20/1419 mit dem Titel „Hass, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Angriffe auf die Menschenwürde haben keinen Platz in Deutschland und Hessen“ beraten und einstimmig angenommen.

Einem Artikel des „Wiesbadener Kurier“ vom 12.12.2019 konnte entnommen werden, dass die seit 2016 existierende Informationsstelle Antisemitismus in Kassel (ISAK) ihre Arbeit zum Jahresende einstellt. Als Grund hierfür wurde die Ablehnung einer Förderung für 2020 durch das Land Hessen genannt.

### Vorbemerkung Minister des Innern und für Sport:

Die Hessische Landesregierung misst der Bekämpfung von Extremismus und Antisemitismus höchste Bedeutung bei. Zur Förderung insbesondere von zivilgesellschaftlichen Projekten und Maßnahmen wurde 2015 das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ eingerichtet. In der zweiten Förderperiode des Landesprogramms (2020 bis 2024) wird gemäß der Förderrichtlinie vom 15.07.2019 der Bekämpfung von Antisemitismus eine eigene Fördersäule gewidmet. Diese sieht die Förderung von Projekten zur Aufklärung über Formen des Antisemitismus und des Antijudaismus, von politisch-historischer Bildungsarbeit, von Maßnahmen der Vernetzung und Weiterbildung sowie zur Einrichtung einer landesweiten Meldestelle und einer spezifischen psychosozialen Beratungsstelle für Betroffene und Opfer von Antisemitismus vor.

Die Förderung von regionalen Meldestellen gegen Antisemitismus ist in der Förderrichtlinie nicht vorgesehen. Vielmehr soll eine landesweite Meldestelle gefördert werden. Durch die Förderung einer landesweiten Meldestelle soll ein valider Überblick über antisemitische Vorfälle in ganz Hessen ermöglicht werden. Das Demokratiezentrum Hessen baut derzeit eine solche landesweite Meldestelle im Bereich Antisemitismus auf. Dieser Aufbau erfolgt im Übrigen im Einvernehmen mit dem Beauftragten der Hessischen Landesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, Herrn Bürgermeister Uwe Becker, und wird auch durch die Repräsentanten des jüdischen Lebens in Hessen (insbesondere durch den Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen) ausdrücklich befürwortet.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wie bewertet die Landesregierung folgende Stellungnahme der Leiterin des Sara-Nussbaum-Zentrums, Elena P.?

„Seit vier Jahren gehört ISAK als Meldestelle für antisemitische Vorfälle und Unterstützungsangebot für Betroffene zum Portfolio des Sara-Nussbaum-Zentrums und war ein fester Bestandteil unserer aufeinander abgestimmten Angebote. Mit der Schließung der Meldestelle verliert das Zentrum nicht nur eines seiner Standbeine, sondern ist im Kern seiner Tätigkeit, nämlich dem Widerspiegeln des modernen jüdischen Lebens in Kassel und Nordhessen, gefährdet.“

Die Arbeit des Sara-Nussbaum-Zentrums wird als wichtiger Beitrag zur Bekämpfung des Antisemitismus geschätzt. Es erhielt in der Vergangenheit bereits umfangreiche Fördermittel für verschiedene andere Projekte aus dem Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen

Extremismus“ (Fördersumme 2019: 39.723,62 €). Vorbehaltlich der parlamentarischen Beschlussfassung zum Landeshaushalt 2020 ist derzeit beabsichtigt, das vom Sara-Nussbaum-Zentrum geplante Projekt „Jüdische Welten – gestern und heute“ sowie den Workshop „Selam & Shalom“ mit insgesamt 94.598,52 € zu fördern. Dies entspräche einer Erhöhung der Fördermittel für das Sara-Nussbaum-Zentrum gegenüber dem Jahr 2019 um 138 Prozent. Inwieweit andere Finanzierungsquellen weggefallen sind und die Arbeit des Zentrums dadurch gefährdet ist, kann seitens der Landesregierung nicht beurteilt werden.

Frage 2. Welche Meldestellen für die Aufgaben Dokumentation von antisemitischen Übergriffen, Straftaten und Vorfällen und der Unterstützung von Betroffenen gibt es in Hessen (Bitte um Angabe des Ortes.)?

Die Aufgabe einer Meldestelle ist die Entgegennahme und Dokumentation von Meldungen zu antisemitischen Vorfällen und ggf. die Weitervermittlung von Betroffenen an passende Beratungsstellen. Gemäß der Förderrichtlinie zum o.g. Landesprogramm vom 15.07.2019 ist die Förderung einer solchen landesweiten Meldestelle vorgesehen.

Davon losgelöst sind die Beratungsstellen zu sehen: Eine Beratung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt wird hessenweit durch die Beratungsstelle „response.“ unter Trägerschaft der Bildungsstätte Anne Frank e.V. angeboten und aus Mitteln des Bundes und des Landes gefördert. Die Beratungsstelle ist in Frankfurt am Main ansässig und mit einer Außenstelle in Kassel vertreten.

Frage 3. a) Wie viele Meldestellen für die Aufgaben Dokumentation von antisemitischen Übergriffe, Straftaten und Vorfällen und der Unterstützung von Betroffenen hat das Land Hessen geplant? Bitte mit Angabe des Ortes und der geplanten Eröffnung.  
b) Welche finanziellen Mittel wird das Land Hessen für den Betrieb dieser Meldestellen zur Verfügung stellen?

**Zu Frage 3 a:** Aktuell wird beim Demokratiezentrum Hessen eine landesweite Meldestelle im Bereich Antisemitismus aufgebaut. Durch diese landesweite Meldestelle soll ein valider Überblick über antisemitische Vorfälle in ganz Hessen ermöglicht werden. Eine Eröffnung ist nach Abschluss der notwendigen Vorarbeiten vorgesehen.

Zudem wird derzeit eine spezifische psychosoziale Opferberatungsstelle für Betroffene antisemitischer Übergriffe und Gewalt in Hessen unter Trägerschaft des Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (ZWST) aufgebaut. Nach derzeitigem Kenntnisstand ist eine Eröffnung frühestens im März 2020 geplant.

**Zu Frage 3 b:** Vorbehaltlich der parlamentarischen Beschlussfassung zum Landeshaushalt 2020 ist beabsichtigt, aus dem Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ das Demokratiezentrum für den Aufbau der landesweiten Meldestelle im Jahr 2020 mit bis zu 100.000 €, im besonders begründeten Ausnahmefall mit einem Höchstbetrag von 150.000 €, zu fördern.

Die Beratungsstelle „response.“ soll 2020 mit 430.000 € und die ZWST mit 100.000 € gefördert werden. Diese Entscheidungen sind final nach der Verabschiedung des Landeshaushalts 2020 zu treffen.

Frage 4. Mit welcher Begründung wurde die Bewerbung der ISAK für die Bereiche Nord- und Osthessen für 2020 abgelehnt?

Die Förderung der ISAK konnte nicht erfolgen, da sich die Interessenbekundung des Sara-Nussbaum-Zentrums auf die Aufgabenwahrnehmung einer regionalen Meldestelle für Nord- und Osthessen beschränkte. Die Förderung von regionalen Meldestellen gegen Antisemitismus ist in der Förderrichtlinie zum o.g. Landesprogramm nicht vorgesehen, da ausschließlich eine zentrale landesweite Meldestelle ausgeschrieben war.

Wiesbaden, 5. Februar 2020

**Peter Beuth**